

Frankreich vor den Wahlen 2012

Henrik Uterwedde

Zusammenfassung

Die Präsidentschaftswahlen vom 26.4. und 6.5.2012 in Frankreich stellen die entscheidende politische Weichenstellung für unser Nachbarland dar. Für alle Parteien ist die Teilnahme nahezu überlebenswichtig: Ihr Ergebnis im 1. Wahlgang ist Maßstab ihres politischen Gewichtes, auch wenn nur die beiden stärksten Kandidaten in die Stichwahl kommen werden. Dies könnten Amtsinhaber Sarkozy und als schärfster Konkurrent der Sozialist Hollande sein. Als starke Außenseiter versuchen die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen und der Zentrums Politiker Bayrou, das Kartell der Großen zu durchbrechen. Die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage, die Krisenstimmung in der Bevölkerung und die leeren öffentlichen Kassen bilden ein äußerst schwieriges Umfeld für die Wahlkämpfer. Sicherheit, Sparpolitik, Strukturreformen, aber auch neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Zukunft der französischen Industrie sind die beherrschenden Themen.

1. Der Präsident – Dreh- und Angelpunkt des politischen Systems

In Frankreichs seit 1958 existierender V. Republik stellt die Präsidentschaftswahl die eigentlich entscheidende politische Weichenstellung dar. Denn die Verfassung sieht zwar im Kern eine parlamentarische Demokratie vor, verleiht dieser aber starke präsidentielle Züge.

Der Präsident ist nicht nur Repräsentant der Nation, sondern faktisch auch Regierungschef und damit eigentliches Machtzentrum in Frankreich. Die direkte Wahl durch das Volk verleiht ihm eine starke Legitimationsbasis. Er verfügt über eine Reihe von eigenständigen Befugnissen (etwa in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik) und ernennt auch selbst den Premierminister. Letzterer ist zwar zur Durchführung seiner Politik (Haushalt, Gesetzgebung) auf eine parlamentarische Mehrheit in der Nationalversammlung angewiesen, wird aber nicht von ihr (wie der Bundeskanzler vom Bundestag) gewählt, weil er sein Amt letztlich dem Präsidenten verdankt und von diesem faktisch auch abberufen werden kann. Nur dreimal ist bisher diese stark präsidential geprägte Verfassungspraxis unterbrochen und durch eine stärker parlamentarische Lesart abgelöst



Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Sein Tätigkeitsfeld umfasst die Wechselwirkungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich und Deutschland sowie ökonomische Aspekte der europäischen Integration. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter Lehrbücher wie *Länderbericht Frankreich* (Hrsg. mit Adolf Kimmel; Bonn, 3. Aufl. 2012).

Kohabitationen

worden, und zwar jedes Mal, wenn die Franzosen dem amtierenden Präsidenten eine politisch entgegengesetzte Parlamentsmehrheit vor die Tür setzten. In diesen Phasen, Kohabitation genannt, musste der Präsident auf die Parlamentsmehrheit Rücksicht nehmen und war gezwungen, den Chef der Mehrheitspartei zum Premierminister zu ernennen (vgl. Tab. 1). Allerdings sind seit 2002 Vorkehrungen getroffen worden, um neue Kohabitationen wenn möglich zu vermeiden: Präsident und Parlament werden nunmehr beide auf fünf Jahre gewählt. Der neu gewählte, mit frischer Legitimation ausgestattete Präsident wird in der Regel, wie 2002 und 2007 geschehen, von den Franzosen auch eine parlamentarische Mehrheit in den darauf folgenden Wahlen zur Nationalversammlung erhalten, um in der Lage zu sein, die von ihm vorgeschlagene Politik auch durchsetzen zu können.

Damit verfügt der Präsident über eine Machtfülle, die weit über die des US-Präsidenten hinausgeht, der, auf vier Jahre gewählt, sich einem starken, selbstbewussten Parlament in Gestalt des Kongresses (Senat, Repräsentantenhaus) gegenüber sieht. Er hat auch mehr Machtressourcen als ein deutscher Bundeskanzler: Während seiner Amtsdauer kann er nicht gestürzt werden; die Befugnisse des Parlaments sind deutlich enger gefasst als die des Bundestages; die Mehrheitsfraktion der Nationalversammlung ist ihm in der Regel ergeben; das geltende Mehrheitswahlsystem ergibt klare Mehrheiten und erübrigt damit schwierige Koalitionsverhandlungen; die zweite Parlamentskammer, der Senat, hat bis auf wenige Ausnahmen nur eine untergeordnete Bedeutung; schließlich trägt der traditionelle Zentralismus zur Machtfülle der Exekutive und ihres Chefs, des Präsidenten bei.

Tabelle 1: Regierungsmehrheiten seit 1981

Amtsperiode*	Präsident (polit. Richtung)	Legislatur- Periode	Regierungsmehrheit (führende Partei)
1981-1988	François Mitterrand (Sozialist)	1981-1986	Sozialistische Partei
		1986-1988	Neogaullistische Partei (1. Kohabitation)
1988-1995	François Mitterrand (Sozialist)	1988-1993	Sozialistische Partei
		1993-1995	Neogaullistische Partei (2. Kohabitation)
1995-2002	Jacques Chirac (Neogaullist)	1995-1997	Neogaullistische Partei
		1997-2002	Sozialistische Partei (3. Kohabitation)
2002-2007	Jacques Chirac (Neogaull.)	2002-2007	Neogaullistische Partei
2007-2012	Nicolas Sarkozy (Neogaull.)	2007-2012	Neogaullistische Partei

* Die Amtszeit des Präsidenten betrug seit 1958 sieben Jahre, seit 2002 dauert sie, wie die Legislaturperiode der Nationalversammlung, fünf Jahre.

Quelle: eigene Zusammenstellung

2. Dabeisein ist alles – Parteiensystem und Präsidentschaftskandidatur

Kein Wunder also, dass die Präsidentschaftswahl der eigentliche Dreh- und Angelpunkt des politischen Lebens in Frankreich ist. Entsprechend hoch ist die Zahl der Kandidaten. 2007 waren es 12, 2002 sogar 16 Bewerber um das höchste Amt; in den Jahren davor immer zwischen neun und zehn Kandidaten. Keine politische Partei oder auch Strömung, die etwas auf sich hält, kommt an dieser Wahl vorbei.

Dieser Umstand hängt neben der Bedeutung des Amtes auch mit dem in Frankreich vorherrschenden Mehrheitswahlsystem zusammen: Dieses konzentriert die Mandatsverteilung auf die großen Parteien, vor allem auf die Neogaulisten im Mitte-Rechts-Spektrum sowie die Sozialisten auf der Linken. Kleinere Parteien, auch wenn sie zuweilen beachtliche Stimmenanteile erzielen können, sind dadurch entweder gar nicht im Parlament vertreten (so erhielt der rechtsextreme Front national in den Parlamentswahlen 2002 trotz eines Stimmenanteils von 11,3% keinen einzigen Sitz in der Nationalversammlung) oder aber nur, indem sie sich auf Wahlabsprachen mit einer der großen Parteien einlassen (so haben die Grünen im November 2011 ein Bündnis mit den Sozialisten geschlossen: Die Sozialisten verzichten in einer Reihe von Wahlkreisen auf eine Kandidatur; im Gegenzug unterstützen die Grünen den sozialistischen Kandidaten in den übrigen Wahlkreisen).

Mehrheits-
wahlsystem

In einem solchen Kontext ist es gerade für die kleinen Parteien fast überlebenswichtig, in der Präsidentschaftswahl mit einem eigenen Kandidaten präsent zu sein: Dies sichert Aufmerksamkeit, und das erzielte Ergebnis ist eine Art Gradmesser für den politischen Einfluss jeder Partei – sie kann anschließend versuchen, ihr Stimmengewicht in Bündnisverhandlungen mit einer der großen Parteien als Argument einzubringen.

Neben der Möglichkeit der Selbstdarstellung in den Medien mag auch das System der öffentlichen Wahlkampfkostenerstattung der Präsidentschaftskandidaten die Zahl der Kandidaten in die Höhe schrauben. Dieses hat bei der letzten Wahl 2007 Kandidaten, die weniger als 5% der Stimmen erhielten, rund 800.000 Euro eingebracht – für marginale Kandidaten durchaus ein Anreiz. Unter den Kandidaten, die mehr als 5% erhielten, wurden zwischen 8 Millionen Euro (Le Pen und Bayrou) und knapp 11 Millionen (die beiden Finalisten des zweiten Wahlgangs, Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal) ausgeschüttet. Im Übrigen stellen die Voraussetzungen, um zur Wahl zugelassen zu werden, keine wirkliche Hürde für eine Kandidatur dar: Sie müssen die Unterstützung von 500 örtlichen, regionalen oder nationalen Mandatsträgern (Bürgermeister, Departemental- und Regionalräte, Abgeordnete, Senatoren usw.) vorweisen, die aus mindestens 30 Departements kommen müssen. Angesichts der großen Zahl von allein 36.000 Bürgermeistern und insgesamt 45.000 Mandatsträgern ist dies aber auch für „kleine“ Kandidaten, selbst extremer politischer Tendenz, bislang keine wirkliche Hemmschwelle gewesen.

Man wird sich also für den ersten Wahlgang am 22. April 2012 wieder auf eine große Zahl von Kandidaten einstellen können. Nur die zwei bestplatzierten

kommen in den zweiten Wahlgang, der zwei Wochen später stattfindet. Aber auch die Prozentzahlen aller anderen Kandidaten werden aufmerksam registriert und ausführlich kommentiert werden: Zum einen geben sie Aufschluss auf das „Stimmenreservoir“ und die Wahlchancen der verbliebenen Finalisten. Zum anderen ist das erzielte Ergebnis ein wichtiger Gradmesser für das politische Gewicht jedes Kandidaten und seiner Partei, das in Verhandlungen mit einem der verbliebenen Spitzenkandidaten eingebracht werden kann. Schließlich sind die Ergebnisse darüber hinaus auch für die weitere Entwicklung des – in Frankreich eher instabilen, durch zahlreiche Veränderungen, Neugründungen, Namensänderungen, Fusionen, Spaltungen u.ä. gekennzeichneten – Parteiensystems von Bedeutung. Nicht selten sind Präsidentschaftswahlen Ausgangspunkt für derartige Veränderungen gewesen.

3. Vom ersten Durchgang zur Stichwahl

So ist der erste Wahlgang durch eine breite Verteilung der Stimmen auf die zahlreichen Kandidaten gekennzeichnet. Auch die beiden Finalisten erreichen im ersten Durchgang oft höchstens 30% der Stimmen, manchmal sogar weniger: 2002 erreichten Chirac 19,9% und Le Pen 18,8%; 2007 kamen Sarkozy auf 31,8% und die Sozialistin Ségolène Royal auf 25,9%. In der Regel lagen seit 1965 die Kandidaten der beiden großen Parteien des konservativen Lagers (Gaullisten bzw. heute die neogaullistische Partei UMP) und der Linken (Sozialistische Partei) vorn und bestritten den zweiten Wahlgang. Aber in jüngerer Zeit wird diese Bipolarisierung immer wieder gestört und in Frage gestellt. 2002 gelang es dem rechtsextremen Kandidaten Jean-Marie Le Pen, sich knapp vor den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin zu schieben – für die Sozialisten eine schwere Schlappe, die seither eine Art Trauma vor jeder Präsidentschaftswahl darstellt. 2007 versuchte neben Le Pen auch ein Mitte-Kandidat, François Bayrou, das Kartell der beiden Großen zu sprengen, scheiterte aber trotz eines guten Ergebnisses von 18,6%.

Auch in diesem Jahr können sich die beiden großen Parteien nicht absolut sicher sein, dass ihre Kandidaten sich automatisch für den zweiten Wahlgang qualifizieren. Sie versuchen deshalb oft im Vorfeld, die Zahl der Kandidaten in „ihrem“ Lager und damit die Zersplitterung ihres Wählerpotenzials zu begrenzen. Denn 2002 war der Sozialist Jospin nicht nur an eigenen Schwächen gescheitert, sondern auch an der Tatsache, dass ihm nicht weniger als sieben Konkurrenten im linken Lager entscheidende Stimmen für die Teilnahme an der Stichwahl gekostet haben. Allerdings zeichnet sich auch für die Wahl 2012 schon heute ab, dass die Konkurrenz groß sein wird. Deshalb werden Sarkozy und Hollande versuchen, die Wähler zu einer „nützlichen“ Stimmenabgabe zu bewegen (vote utile). So werden die Sozialisten das Scheitern der Linken von 2002 zum Anlass für das Argument nehmen, dass nur die Stimme für Hollande schon im ersten Wahlgang die Präsenz der Linken in der Stichwahl garantiere; eine Zersplitterung der Stimmen riskiere dagegen, die Linke erneut zu eliminieren und damit nur dem gegnerischen Lager zu nutzen.

vote utile

Im zweiten Wahlgang geht es dann für beide Kandidaten darum, über ihr eigenes politisches Lager hinaus Wähler zu mobilisieren. Dies heißt zum einen, die Wähler der Konkurrenten im eigenen Lager zu motivieren und für sich zu gewinnen; zum anderen, da das Kräfteverhältnis zwischen beiden Lagern relativ ausgeglichen ist, müssen sie auch unentschlossene Wähler der Mitte an sich ziehen. Bündnisfähigkeit, eine klare Botschaft, die die vielfältigen und teilweise widersprüchlichen Wünsche der Wähler auf einen Nenner bringt (auch wenn die Aussage oft bewusst wenig konkret wird), verbunden mit einer als „präsidientabel“ angesehenen, die eigene Botschaft glaubwürdig transportierenden Persönlichkeit – das sind die Voraussetzungen für den Weg an die Spitze der französischen Politik. Ein Beispiel für eine gelungene Botschaft ist das (im Kern sozialdemokratische) Versprechen des Konservativen Jacques Chirac im Wahlkampf 1995, die gesellschaftlichen Brüche (*fracture sociale*) bekämpfen zu wollen – in der damaligen von Wirtschaftskrise, Arbeits- und Perspektivlosigkeit gekennzeichneten Situation traf er damit offensichtlich den Nerv der Wähler. Ähnlich erfolgreich war Nicolas Sarkozy 2007, als er einen „Bruch“ (*rupture*) mit der herkömmlichen Politik auch seiner eigenen Partei proklamierte, den Reformstau durch zahlreiche Strukturreformen aufzubrechen versprach und zudem auf die sozialen und sicherheitsbezogenen Ängste der Franzosen mit einem Schutzversprechen (Protektionismus, Law and Order) reagierte.

unentschlossene
Wähler

4. Die Kandidaten 2012: ein breites Spektrum von linksnach rechtsaußen

Obwohl die Bewerbungsfristen für die Präsidentschaftswahl noch nicht abgelaufen sind und die genaue Zahl der Bewerber noch nicht feststeht, haben sich doch alle wichtigen Parteien und Bündnisse bereits in Stellung gebracht. Sie sollen im Folgenden vorgestellt werden. Dies erlaubt auch einen Blick auf die gegenwärtige französische Parteienlandschaft und ihre Besonderheiten gerade auch im Vergleich zu Deutschland. Dabei gilt es festzuhalten, dass es sich zwar einerseits um eine von den Parteien dominierte Wahl handelt – die Kandidaten der entscheidenden Stichwahl konnten sich fast ausnahmslos auf den Apparat, die finanzielle Unterstützung und die politische Mobilisierung einer großen Partei stützen –, dass aber auch der Charakter als Persönlichkeitswahl deutlich hervortritt. Vor allem die Finalisten werden deshalb nicht einfach als Parteikandidat auftreten, sondern als Persönlichkeit, die in der Lage ist, über die eigenen Parteianhänger ein breites Spektrum von Wählern zu gewinnen. Dies schließt, schon Ende 2011 besonders deutlich bei François Hollande, im Auftreten und in den Aussagen eine gewisse Distanz zur Partei (die aber wieder auch nicht zu deutlich werden darf) durchaus ein. Auf jeden Fall ist das politische Spektrum sehr weit gespannt, enthält zahlreiche Schattierungen und reicht von der extremen Rechten zur extremen Linken.

gegenwärtige
französische
Parteienlandschaft

a) Der Titelverteidiger: Nicolas Sarkozy

UMP (Union pour
une majorité
présidentielle)

Auf der konservativen Seite des Parteienspektrums ist der amtierende Präsident *Nicolas Sarkozy* der „natürliche“ Kandidat der großen Regierungspartei UMP (Union pour une majorité présidentielle). Dieser neogaullistischen (das heißt, sich auf das Staats- und Politikverständnis des Begründers der V. Republik, General de Gaulle, berufenden) Formation ist es gelungen, nach und nach die meisten der konkurrierenden Parteien der Mitte und der Rechten aufzunehmen und unter ihrem Dach zu vereinen. Dieser Konzentrationsprozess war zwar nützlich, weil das Mehrheitswahlssystem die Starken und die Bündnisse belohnt und die Schwachen und die zerstrittenen Lager gnadenlos bestraft; andererseits sind dadurch auch Kräfte im gemäßigten Mitte-Rechts-Lager freigesetzt worden, die sich gleichermaßen gegen Arroganz und Dominanzstreben der UMP und gegen die Politik des Präsidenten richten. Sarkozy wird sich also einigen Gegenkandidaten aus dem eigenen Lager ausgesetzt sehen.

Wirtschaftslage

Die Stärke Sarkozys ist zweifellos seine bisherige Erfahrung als Präsident. Zwar hat er mit seinem eigenwilligen, oft egozentrischen und autoritären Regierungsstil zahlreiche Partner und Wähler verärgert und abgeschreckt; auch ist seine Regierungsbilanz sehr durchwachsen. Mit großen Versprechungen angetreten (er versprach einen „Bruch“ mit der Politik der Vergangenheit und grundlegende Reformen), ist seine Wirtschaftspolitik oft wankelmütig und wenig geradlinig gewesen. Auch sein politischer Mut bei anstehenden Reformprojekten war wechselhaft. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage (Frankreich steuert in der ersten Jahreshälfte auf eine Rezession zu; die öffentlichen Defizite sind bei weitem zu hoch; die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp 10%) hat ihrerseits dazu beigetragen, dass Sarkozys Unpopularität ausgesprochen hoch ist. Sämtliche Meinungsumfragen bis Februar 2012 sagen ihm ein schlechtes Wahlergebnis (25-27% im ersten Durchgang) und eine klare Niederlage in der Stichwahl gegen seinen sozialistischen Kontrahenten François Hollande voraus. Allerdings sind derartige Momentaufnahmen der Meinungsforscher zwei Monate vor der Wahl noch wenig aussagekräftig. Mit Beginn des eigentlichen Wahlkampfes im Frühjahr kann sich einiges verändern. Zudem haben die Krise des Euroraums und die fieberhaften europäischen und deutsch-französischen Aktivitäten zur Krisenbewältigung dem Präsidenten eine Bühne gegeben, um seine präsidialen Qualitäten, vor allem aber seine Fähigkeit zum (gemeinsamen) politischen *leadership* in Europa herauszustellen – kein geringer Vorteil gegenüber einem Widersacher wie Hollande, der über keinerlei nationale bzw. internationale Regierungserfahrung verfügt.

Fähigkeit zum
politischen
leadership

b) Die Suche nach einem dritten Weg: François Bayrou

François Bayrou

Zentrum

Während anderen Kandidaten aus dem Regierungslager, soweit sie sich bis heute abzeichnen, nur wenig Erfolgsaussichten zugesprochen werden und Sarkozy nicht wirklich behindern dürften, handelt es sich bei der Kandidatur des Zentrumspolitikers *François Bayrou* um eine ernst zu nehmende Konkurrenz. Das Zentrum, obwohl in der politischen Mitte angesiedelt und gegen die Bipolarisie-

rung des politischen Lebens eingestellt, ist vom Mehrheitssystem doch immer wieder zu Allianzen gezwungen worden und fand sich regelmäßig im konservativen politischen Lager wieder. Es war ständigen Erosionen und Spaltungen ausgesetzt, weil sich zahlreiche Zentrums Politiker der UMP zuwandten. Bayrou hat sich dieser Tendenz immer wieder widersetzt und mit der Gründung der Partei Modem eine eigenständige politische Kraft jenseits der Neogaullisten und der Linken aufzubauen versucht. 2002 hatte er 6,8% der Stimmen für sich verbucht; 2007 kam er mit beachtlichen 18,6% auf den undankbaren dritten Platz, konnte also keinen der beiden „großen“ Kandidaten“ verdrängen; seine Partei blieb im Parlament bedeutungslos. Im Februar 2012 wurde er laut Umfragen immerhin mit gut 11-13% gehandelt und machte sich erneut Hoffnungen, das Spiel der „zwei Großen“ durchbrechen zu können. Auf jeden Fall werden die Kandidaten in der Stichwahl besonders um François Bayrou und seine Wähler werben, die für eine Mehrheitsbildung unerlässlich scheinen.

c) Der sozialdemokratische Herausforderer: François Hollande

Sarkozys Herausforderer auf der Linken ist der Sozialist *François Hollande*. Der 57jährige Politiker hatte sich im Herbst 2011 in einer erstmals auf breiter Ebene organisierten, in der Öffentlichkeit viel beachteten Vorwahl gegen sechs parteiinterne Gegner, unter ihnen die Parteivorsitzende Martine Aubry, durchsetzen können. An dieser Vorwahl nahmen 1,5 Millionen Mitglieder und Sympathisanten teil; die Teilnahme war bei Zahlung einer symbolischen Gebühr von 1 Euro und der Unterzeichnung eines „republikanischen“ Wertebekennnisses jedem Franzosen möglich. Hollande kann eine lange politische Erfahrung als Berater von Präsident Mitterrand und seines Premierministers nach 1981, seit 1988 als Abgeordneter sowie von 1997-2008 als Parteivorsitzender vorweisen, hat aber nie ein Ministeramt wahrgenommen und nur wenig internationale Erfahrung. Zudem ist er eine eher blasse Persönlichkeit ohne großes Charisma. Hollande steht für eine gemäßigte sozialdemokratische Politik, muss dies aber auch mit dem Parteiprogramm in Einklang bringen, das unter dem Druck des linken Flügels andere Akzente setzt: Beispielsweise fordert das Parteiprogramm, die unter Sarkozy durchgesetzte Rentenreform vollständig zurückzunehmen und das mögliche Renteneintrittsalter wieder auf 60 Jahre zu reduzieren; Kandidat Hollande hat sich davon distanziert und verspricht nur Arbeitnehmern mit über 41jähriger Beitragszeit den Rentenbeginn mit 60. Diesen und andere mögliche Konflikte mit Teilen der Partei, den Gewerkschaften, aber auch mit den links von den Sozialisten angesiedelten Kräften muss Hollande möglichst entschärfen, wenn er die gesamte linke Wählerschaft hinter sich bringen will; gleichzeitig muss er darauf achten, auch für Wähler der Mitte wählbar zu bleiben. Hollande steht ein nicht einfacher politischer Spagat bevor, auch wenn er bis Februar mit Umfragewerten von mehr oder weniger 30% deutlich vor Sarkozy lag und in allen Umfragen als klarer Sieger der Stichwahl prognostiziert wurde.

François Hollande

gemäßigte
sozialdemokratische
Politik

d) Die grüne Kandidatin: Eva Joly

Eva Joly
Europe Ecology –
Les Verts

Die aus Norwegen stammende frühere Untersuchungsrichterin *Eva Joly* ist die Kandidatin der 2010 entstandenen grünen Sammlungsbewegung Europe Ecology – Les Verts. Traditionell dem linken Lager zugehörig und auch deutlich links positioniert (etwa in der oben angesprochenen Frage der Rente mit 60), hat die Partei bisher vor allem bei Europa- und teilweise auch bei Regionalwahlen (wo nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird) Erfolge erzielen können. In der Nationalversammlung spielt sie keine Rolle, weshalb sie in den Bündnisverhandlungen mit den Sozialisten für 2002 alles daran gesetzt hat, genügend erfolgversprechende Wahlkreise zu bekommen, um künftig eine eigene Fraktion im Parlament bilden zu können. Dabei ist das Verhältnis zum Bündnispartner durchaus gespannt, was mit Sachthemen (die Grünen sind für einen vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie, Hollande nur für eine Reduzierung des Kernkraftanteils von derzeit 75% auf 50%), aber auch mit der Konkurrenz um die Vorherrschaft im linken Lager zu tun hat. Bisher hat es die grüne Kandidatin allerdings nicht vermocht, sich eine solide Ausgangsposition zu verschaffen, und blieb in den Umfragen im Februar bei bescheidenen 2-3%.

e) Für eine antikapitalistische Alternative: Jean-Luc Mélenchon

Traditionell muss der sozialistische Kandidat auch mit Bewerbern aus dem linkssozialistischen, kommunistischen und trotzkistischen Lager konkurrieren. Denn seit der Spaltung zwischen Sozialisten und Kommunisten 1920 ist die Linke in Frankreich durch einen Kampf um die Vorherrschaft gekennzeichnet. Bis in die 1980er Jahre war es vor allem die Kommunistische Partei, die mit den Sozialisten um die linken Wähler konkurrierte. Seit dem Niedergang der Partei (1981 erreichte ihr Kandidat noch 15,3%, 2007 nur noch 1,9%) sind es vor allem trotzkistische und andere linkssozialistische Strömungen, die den Sozialisten die Stimmen streitig machen.

Front de gauche
Jean-Luc Mélenchon

Die Kandidaten links von den Sozialisten kommen gemeinsam in der Regel auf beachtliche Stimmenergebnisse, die durchaus bei 10-15% liegen können und die nicht völlig verprellt werden sollten, denn der sozialistische Kandidat braucht auch ihre Unterstützung in der Stichwahl gegen den konservativen Gegner. Für 2012 haben sich mehrere linkssozialistische Gruppierungen und die Kommunistische Partei zum Bündnis „Linksfront“ (Front de gauche) zusammengetan und mit dem Europaabgeordneten und (kurzzeitigen) früheren Minister *Jean-Luc Mélenchon* einen ehemaligen Sozialisten benannt, der seiner früheren Partei 2008 den Rücken gekehrt hat. Dieser verkörpert all die klassischen linken Themen, die in der öffentlichen Diskussion in Frankreich das Meinungsklima beeinflussen: Kapitalismus- und Globalisierungskritik, Ablehnung der „neoliberalen“ Politik in Frankreich und Europa, maximalistische, ausgaben-trächtige Forderungen nach Erhöhung des staatlichen Mindestlohnes, des Rechts auf eine Vollerwerbsrente mit 60 Jahren usw.

Dies alles sind keine regierungsfähigen Positionen, und so besteht denn auch der eigentliche Zweck der Kandidatur Mélenchons darin, Druck auf Fran-

çois Hollande auszuüben und ihn zu zwingen, gewisse linkssozialistische Positionen aufzunehmen bzw. zu berücksichtigen. Im Februar lag Mélenchon in den Meinungsumfragen bei 8-9% der Stimmen.

f) Rechtsextremistische Familiendynastie: Marine Le Pen

Seit den 1980er Jahren hat die extreme Rechte in Gestalt der „nationalen Front“ (Front national) sich einen festen Platz in der französischen Parteienlandschaft erobert. Im Parlament trotz beachtlicher Wahlergebnisse, aber mangels Bündnispartner (die Konservativen akzeptieren die Rechtsextremen nicht als Partner) nicht präsent, konnte der Front national bisher vor allem bei Europawahlen punkten. Aber auch bei der Präsidentschaftswahl konnte der langjährige Parteichef Jean-Marie Le Pen ein nicht unbeträchtliches Störpotenzial entfalten. Er konnte diese Wahlen immer wieder erfolgreich zur Selbstdarstellung nutzen, beachtliche Ergebnisse einfahren (1988: 14,4%, 1995: 15,0%) und 2002 im ersten Wahlgang mit 16,9% sogar den Sozialisten Jospin knapp überrunden und damit in die Stichwahl einziehen (dort unterlag er allerdings deutlich gegen Jacques Chirac). Jetzt hat er den Parteivorsitz und auch die Kandidatur seiner Tochter *Marine Le Pen* überlassen.

Front national

Marine Le Pen

Diese, ähnlich talentiert wie ihr Vater, hat begonnen, das Image des Front national aufzupolieren und zu modernisieren. So hat sie einen Schlusstrich unter die von ihrem Vater immer wieder gezielt verbreiteten, oft geschmacklosen antisemitischen Invektiven gezogen und versucht die Partei als nationale, die Franzosen gegen fremde „Gefahren“ (Einwanderung, Globalisierung, Kriminalität) schützende Kraft darzustellen. Ziel ist es offensichtlich, den Front national als rechtspopulistische Partei zu etablieren und damit längerfristig auch als „hoffähiger“ Bündnispartner der gemäßigten Rechten anerkannt zu werden. So weit entfernt Marine Le Pen auch von diesem Ziel entfernt sein mag: Sie wurde von den Meinungsumfragen im Februar bei 15% bis 20% gesehen, womit sie derzeit auf dem dritten Platz liegt und damit durchaus eine Gefahr für einen der beiden „großen“ Kandidaten werden könnte. Denn sie kann auch bei den Modernisierungs- und Globalisierungsverlierern punkten, etwa bei Arbeitern und kleinen Angestellten, die traditionell die klassische Wählerbasis der Linken dargestellt haben. 2007 noch hatte Nicolas Sarkozy ihrem Vater Stimmen abgejagt, indem er dessen Themen (innere Sicherheit, Einwanderung, Schutz der französischen Identität) offensiv aufgriff. Dies wird ihm allerdings nicht ein zweites Mal gelingen, kann Marine Le Pen doch zu Recht behaupten, dass Sarkozy seinen teilweise kraftmeierischen Sprüchen selten wirklich Taten folgen ließ.

5. Stimmungslage und politische Perspektiven 2012

Die Präsidentschaftswahl 2012 wird in einem äußerst schwierigen wirtschaftlichen Umfeld stattfinden: Frankreichs Wirtschaft hat die weltweite Krise 2008/09 nur schwer überwinden können; die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und hat um die Jahreswende zwischen 9 und 10% erreicht; für die erste Jahreshälfte

Arbeitslosigkeit

Globalisierung
europäische
Integration

2012 wird eine leichte Rezession vorhergesagt. Dazu kommt: Frankreichs öffentliche Kassen sind leer; für Wahlversprechen jeglicher Art ist schlicht kein Geld da. Entsprechend schlecht ist die Stimmung der Franzosen. Ihr Pessimismus, was die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage angeht, geht einher mit einer starken Abwehrhaltung gegenüber der Globalisierung. 63% der Befragten beurteilten die Folgen der Globalisierung für Frankreich als „extrem negativ“; bei den Arbeitern sind es 75%. Entsprechend defensiv ist die Haltung gegenüber der europäischen Integration: Eine Mehrheit von 54% spricht sich dafür aus, die nationale Souveränität in Fragen der Wirtschaftspolitik beizubehalten, selbst wenn dies auf Kosten der europäischen Entscheidungsfähigkeit geht. Auch hier sind es vor allem die weniger qualifizierten, geringer verdienenden Menschen, deren Skepsis besonders stark ausgeprägt ist, während gut verdienende Personen in höheren Berufen proeuropäischer eingestellt sind. Neu ist, dass im Vergleich zu den letzten Jahren die Mittelschichten in das europaskeptische Lager übergeschwenkt sind.¹

Krisenangst, Abwehr der Globalisierung, Europaskeptizismus: Diese Stimmungslage ist vor allem Wasser auf die Mühlen des Linkssozialisten Mélenchon und vor allem der Rechtsextremen Le Pen. Dagegen tun sich Hollande und Sarkozy, deren Parteien für die französische Europapolitik der vergangenen drei Jahrzehnte gleichermaßen verantwortlich sind, deutlich schwerer. Europa ist, vor allem wegen der anhaltenden schwierigen Verhandlungen die Rettung und Konsolidierung der Währungsunion, zum Wahlkampfthema geworden.

Konsolidierung der
öffentlichen
Haushalte

Die Krise im Euroraum, die immer mehr überschuldete Staaten erfasst hat, droht auch auf Frankreich überzugreifen und hat daher die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu einem Top-Thema gemacht, dem sich keiner der Kandidaten entziehen kann. Nicolas Sarkozy, der sich immer schwer tat mit einem Sparkurs und sich lieber als Präsident des Wachstums und der Kaufkraftsteigerung profilieren wollte, hat erst unter dem Druck der Märkte und des drohenden Verlusts der Bonität Frankreichs eingelenkt. François Hollande hat unter dem Druck der Ereignisse ebenfalls ein Programm der Haushaltskonsolidierung angekündigt. Der Streit wird um den besten Weg der Einsparung gehen: Hollande wirft Sarkozy (zu Recht) vor, die Verschuldung des Landes seit 2007 mit unnötigen und teuren Wahlgewinnen noch vertieft zu haben, und setzt Akzente auf die Beseitigung zahlreicher Steuernischen. Gleichzeitig setzte er sich schon im Vorwahlkampf mit Forderungen wie der Schaffung von 60.000 Lehrerstellen oder eines Generationenpaktes zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aber auch der Kritik aus, weiter an der Ausgabenschraube zu drehen. Zugleich kann Sarkozy auf begonnene Strukturreformen (im Bereich der Renten oder der staatlichen Verwaltung) verweisen, die für dauerhafte Entlastungen sorgen werden und weiter fortgeführt werden sollen. Hier ist völlig unklar, ob die Sozialisten eine solche Politik der schrittweisen Rückführung der hohen Staatsquote gehen wollen oder können. Die Programme der Kandidaten werden mit Sicherheit stärker als bisher auf ihre finanziellen Auswirkungen und damit ihre Glaubwürdigkeit überprüft werden; ferner wird der Streit um eine gerechte Verteilung der Lasten gehen.

Wie kann man eine dauerhafte Konsolidierung der Haushalte einleiten, ohne gleichzeitig das Wachstum abzuwürgen? Angesichts der schwachen Konjunktur

und anhaltender sozialer Probleme, aber auch der traditionellen Wachstumsorientierung französischer Politik spielt dies eine große Rolle in der öffentlichen Debatte. Das deutsche Leitbild der Haushalts- und Geldstabilität wird zwar im Zuge der gemeinsamen Verantwortung für die Europäische Währungsunion anerkannt (und ist, was die Preisstabilität betrifft, bereits seit den 1980er Jahren von allen Regierungen verinnerlicht worden); dennoch tun sich Politik und Öffentlichkeit oft schwer, einen als Stabilität um jeden Preis wahrgenommenen Kurs zu akzeptieren. Auch deshalb hat Frankreich, wenn es um die Überwindung der Krise des Euro-Raums ging, wiederholt Gegenpositionen zur deutschen Politik bezogen. Deutschland wird oft als Vorbild genannt, wenn es um die Wirtschaftskraft, die Wettbewerbsfähigkeit oder auch die durchgeführten Reformen seit 2003 geht; andererseits wird das deutsche Modell aber auch, vor allem auf der Linken, als sozial- und wachstumsfeindlich abgelehnt.²

In unserem traditionell wachstumsorientierten Nachbarland wird die Frage nach der Stärkung von Wachstumskräften mit Sicherheit thematisiert werden. Auch wenn angebotsorientierte Maßnahmen im Vordergrund stehen (Strukturreformen, Priorität für Bildung, Forschung und Innovation), die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und das französische Wachstumspotenzial längerfristig erhöhen, könnten Fälle einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage auch Forderungen nach kurzfristiger Krisenbekämpfung laut werden, etwa im Bereich der Binnennachfrage oder der Beschäftigungspolitik. Parteiübergreifend wird ein aktives, auch direktes strukturpolitisches Eingreifen des Staates gefordert: Sarkozy hat dies in der Finanzkrise mit der Schaffung eines strategischen Investitionsfonds oder der Auflage einer großen nationalen Anleihe zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben ebenso bewiesen wie die Sozialisten, die in ihrem Projekt unter anderem die Schaffung einer öffentlichen Investitionsbank sowie die Auflage einer europäischen Zukunftsanleihe fordern. Angesichts einer als dramatisch empfundenen Ent-Industrialisierung wird Industriepolitik – wengleich heute überwiegend im deutschen Sinn als Standortpolitik verstanden – mit Sicherheit ein Thema in den kommenden Wahlauseinandersetzungen sein.

Nahezu allen Kandidaten und Wählern ist klar, dass die Spielräume der Finanz- und Wirtschaftspolitik äußerst gering geworden sind und die Zeit der großen Versprechen der Vergangenheit angehört. Man darf gespannt sein, wie die Kandidaten für das nächste Präsidentenamt den Spagat zwischen Beharrung und Veränderung, zwischen hartem Realismus und notwendiger Perspektive sowie zwischen Haushaltssanierung, sozialem Zusammenhalt und Wachstumsimpulsen meistern und Frankreich einen Weg weisen können, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Auf jeden Fall, so formuliert es der Leitartikel der Tageszeitung *La Croix* am 8.11.2011: „Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind die Trumpfkarten für jeden Kandidaten auf das Präsidentenamt, gleich welcher politischen Richtung: Die ökonomische Lage lässt keinerlei Bluff zu.“

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jérôme Fourquet: *De 1992 à 2011: De Maastricht à la crise de l'euro. Permanences et mutations des clivages socio-politiques sur la question européenne*. Paris, Fondation

Jean Jaurès, Note Nr. 112, 9.12.2011. (<http://www.jean-jaures.org/Publications/Les-notes/1992-2011-de-Maastricht-a-la-crise-de-l-euro>); Meinungsumfrage Sofres (http://www.marianne2.fr/Europe-si-la-gauche-veut-gagner-Hollande-doit-s-opposer-au-processus-en-cours_a213544.html).

- 2 Zur Orientierung an Deutschland vgl. als ein Beispiel für viele das umfangreiche Dossier der Wirtschaftszeitschrift Challenges (Nr. 257, 19.5.2011, S.60-69, das unter dem Titel „La tentation allemande“ (Die deutsche Versuchung) Stärken und Schwächen des deutschen Modells nachgeht. Präsident Sarkozy hat sich mehrfach für eine verstärkte wirtschaftspolitische Konvergenz mit Deutschland – „ein System, das gut funktioniert“ – ausgesprochen. Vgl. usinenouvelle.com, 27.10.2011: Nicolas Sarkozy veut imiter le „modèle allemand“. Vgl. auch Henrik Uterwedde: Frankreich und die Eurokrise, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Nr. 124, Juni 2010, S. 14-20. (http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/files/orientierungen_124123.pdf)

Weiterführende Literatur

Laurent Bouvet: Lehren aus den „offenen Vorwahlen“ der Parti socialiste vom 9. und 16. Oktober 2011. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, Oktober 2011 (<http://www.fesparis.org/common/pdf/publications/Vorwahlen%20PS2.pdf>)

Reynaud Dély: Links von der PS: Frankreichs linker politischer Rand organisiert sich neu. Berlin: Friedrich Ebert-Stiftung, März 2009 (<http://www.fesparis.org/common/pdf/publications/Dely.pdf>)

Peter Gey: Marine Le Pen und das Comeback der rechtsradikalen Front National vor den Präsidentschaftswahlen 2012. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2011. (<http://library.fes.de/pdf-files/id/08435.pdf>)

Florence Haegel: Die UMP und der Druck von Rechts : das rechte Lager ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 2011 (DGAP Analyse Frankreich, Nr. 4) (http://www.zukunftsdialog.eu/fileadmin/user_upload/pdfs/2011-04_DGAPana_F_Haegel_www.pdf)

Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl. 2005 (3. veränderte und vollständig aktualisierte Auflage erscheint im April 2012)

Kim-Yvonne Köhler/Stefan Seidendorf/Nils Thieben: Neuer Kopf, alte Ideen? „Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen. Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 25, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Juli 2011

Rémi Lefebvre: Auf der Suche nach einer neuen politischen Agenda. Die französische Linke ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP-Analyse Frankreich, Nr.3) (http://www.zukunftsdialog.eu/fileadmin/user_upload/pdfs/2011-03_DGAPana_F_Lefebvre_www.pdf)

Joachim Schild/Henrik Uterwedde: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag 2006 (2. aktualisierte Auflage)

Henrik Uterwedde: Frankreichs Wirtschaft vor dem Wahljahr 2012, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschafts, Nr. 130, Dezember 2011, S. 57-62